

MITTAGSPOST

18.11.2021 16/2021

Fraktion

In dieser Woche traf sich unsere SPD-Bundestagsfraktion gleich zweimal zu einer Fraktionssitzung. Hintergrund waren der dynamische Beratungsverlauf zu den Änderungen des Infektionsschutzgesetzes. Im Hauptausschuss hatten wir dazu am Montag eine Anhörung. Diverse Experten haben uns Handlungsempfehlungen gegeben, um das Gesetz auf die aktuelle pandemische Lage auszurichten. Klar ist, die Lage ist besorgniserregend. Das erleben wir auch bei uns vor Ort. So war zwischenzeitlich das Krankenhaus Johanneum in Wildeshausen aufgrund der Auslastung von der Notfallversorgung abgemeldet. Zum Glück hat sich die Lage vor Ort wieder gebessert. Auch andernorts sind Inzidenzen hoch und die Kapazitäten der Kliniken begrenzt. Darauf müssen wir reagieren. Im Hauptausschuss haben wir am Dienstagabend ein klares rechtliches Fundament beschlossen, welches am Donnerstag im Deutschen Bundestag und am Freitag im Bundesrat abschließend verabschiedet wurde. Während die Ampel dafür stimmte, war die Unionsfraktion dagegen.

Das Wichtigste im Überblick:

- Homeoffice-Pflicht (wo möglich)
- Am Arbeitsplatz gilt: Geimpft, genesen oder getestet (3G).
- 3G-Pflicht in Bus, Bahn und Flugzeugen
- Testnachweise in Pflegeheimen und Krankenhäusern, unabhängig vom Impfstatus
- kostenfreie Bürgerschnelltests
- Fälschung von Gesundheitsnachweisen/Impfpässen wird zur Straftat
- Verschärfungen durch Länderöffnungsklausel möglich

[\(Alle Infos hier\)](#)

Plenum

Neben dem großen Block des Infektionsschutzgesetzes haben wir auch viele weitere Punkte im Plenum des Deutschen Bundestages diskutiert. Sie werden auch zunächst im Hauptausschuss beraten.

Angesichts der angespannten Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherungen haben wir im Bundestag den Bundeszuschuss für 2022 um sieben Milliarden Euro erhöht. Hintergrund der finanziellen Situation ist vor allem die Coronapandemie. Ohne die Erhöhung des Zuschusses hätte die Gefahr bestanden, dass es zu erheblichen Zusatzbeitragssteigerungen gekommen wäre. Jetzt haben wir eine Stabilisierung sichern können. [\(Infos hier\)](#)

Thema im Plenum war auch die Lage an der EU-Außengrenze zu Belarus. Machthaber Lukaschenko schleust von seiner Grenze Menschen Richtung EU und bringt sie damit in Gefahr um Leib und Leben. Ein entsetzliches Vorgehen, dem wir uns entschlossen gegenstellen. Klar ist, wir lassen uns von Diktatoren nicht erpressen! Polen wurde eine uneingeschränkte Solidarität der europäischen Partner zugesagt und die Sanktionen gegen Belarus verschärft. [\(Infos hier\)](#)

Weiter ging es um die aktuelle Lage an den Schulen und Kindergärten. Wir müssen Schließungen der Bildungseinrichtungen verhindern. Mit Hygienekonzepten und schnelleren Boostern des Lehrpersonals kann uns das gelingen.

Weihnachtsgruß



Auch an diesem Weihnachtsfest können viele Soldaten und andere deutsche Sicherheitskräfte das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Liebsten verbringen. Sie sind auf Einsatz im Ausland. Dort unterstützen sie und sichern Frieden. Für diesen Einsatz möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Als Ausdruck des Danks habe ich mich gemeinsam mit vielen Bundestagskollegen wieder an der Aktion „gelbe Bänder“ beteiligt. Mit ihr senden wir festliche Grüße in die ganze Welt, wo Kräfte im Einsatz sind.

Landesgruppe

In der Landesgruppe Bremen/Niedersachsen organisieren sich die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen und Bremen. Dies macht vor allem Sinn, weil es viele inhaltliche Überschneidungen zwischen uns gibt und wir so viele Synergien in der Zusammenarbeit nutzen können. Am Montag haben wir als neue Landesgruppe die ehemaligen Mitglieder mit einem gemeinsamen „Kochkurs“ verabschiedet. Den ausgeschiedenen Abgeordneten Tack, Marks, Lühmann, Spiering, Paschke, Lotze, De Ridder wünsche ich alles Gute für die Zukunft!



Rede

In dieser Woche durfte ich zum ersten Mal in dieser neuen 20. Legislaturperiode im Deutschen Bundestag reden.



Durch eine Sonderregelung im Umsatzsteuergesetz werden Landwirte von den Aufzeichnungs- und Erklärungs-pflichten im Umsatzsteuerrecht befreit. Als sogenannte

„Pauschallandwirte“ schlagen sie auf ihre Leistungen einen besonderen Steuersatz auf, den sogenannten Durchschnittssatz. Er liegt zurzeit bei 10,7 Prozent und muss jetzt auf 9,5 Prozent angepasst werden. Denn laut EU-Recht darf der Durchschnittssatz, der die Landwirte steuerlich entlastet, nicht höher sein, als die Mehrwertsteuerausgaben, die sie für ihren Rohstoffeinkauf zahlen müssen. Die Unionsfraktion und Ministerin Julia Klöckner haben den dringenden Handlungsbedarf bislang blockiert. Deshalb hat die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Auch der Bundesrechnungshof hatte die bisherige Regelung kritisiert und im schlechtesten Fall hätte es zu hohen Nachzahlungsforderungen gegenüber den Landwirten kommen können. Bis Ende des Jahres braucht es deswegen eine rechtssichere Regelung. Dieses haben die Ampel-Fraktionen nun auf den Weg gebracht.

